

intro

Die Grüne Liste bietet einen Newsletter rund um die Erlanger Kommunalpolitik an.

Dieser Informationsdienst aus dem Rathaus kann per e-mail, Fax und natürlich auch auf Papier per Post kostenlos abonniert werden.

GL info

**Newsletter
der Grünen Liste**

Rathausplatz 1 91052 Erlangen
t. 09131-862781 f. 09131-861681
gruene-liste@erlangen.de
www.gl-erlangen.de



Ausgabe 11. Juli 2007

Spende für Studiengebührenfonds

Seit dem letzten Wintersemester werden in Bayern Studiengebühren erhoben.

Viele StudentInnen aus Entwicklungs- und Schwellenländern haben in Erlangen ihr Studium begonnen, lange bevor die Einführung der heutigen Studiengebühren diskutiert wurde. Sie haben keinen Rechtsanspruch auf Gebührenbefreiung und sind durch die auf 90 Tage beschränkte Erwerbsmöglichkeit finanziell häufig nicht in der Lage, die zusätzlichen Kosten von 1.000 Euro pro Jahr aufzubringen. In der Regel wird ihnen auch kein Kredit gewährt und sie haben auch keinen Anspruch auf BAföG.

Auf Initiative der Christlichen Hochschulgemeinden und des AusländerInnen-Beirats wurde daher ein Fonds für die betroffenen Studierenden eingerichtet, damit sie ihre Gebühren bezahlen können. Wie der Presse zu entnehmen war, besteht allerdings bisher kaum Spendenbereitschaft. Die Grüne Liste hat sich deshalb entschlossen, 500 Euro zu spenden, obwohl sie eigentlich die Universität in der Pflicht sieht. Andere bayerische Universitäten verzichten in diesem Fall auch nicht generell auf Studiengebühren. Beispielsweise in Würzburg und Regensburg gibt es aber für AusländerInnen aus Nicht-EU-Ländern, die bereits vor dem Sommersemester 2007 ihr Studium begonnen haben, großzügigere Regelungen als in Erlangen.

In Baden-Württemberg wird von vorneherein auf Gebühren dieser Studierendengruppe verzichtet. Die beste Lösung wäre, wenn diese Regelung auch in Bayern Schule machen würde.

GEWOBAU-Wohnungen: Sanierung statt Abriss

Die GEWOBAU plant den Abriss der Wohnanlagen in der Brüxer Straße und in der Elisabethstraße. Die Stadtratsfraktion der Grünen Liste wendet sich entschieden gegen diesen geplanten Abriss und hält die offizielle Begründung, dass die Wohnungen nicht erhaltungswürdig seien, für vorgeschoben. Hier sollen wohl neue luxuriösere Wohnungen in guter Stadtlage gebaut werden. Das wirft auch die Frage auf, ob in den vergangenen Jahren die GEWOBAU ihren Verpflichtungen zur Instandhaltung wirklich in ausreichendem Maß nachgekommen ist und entsprechende Erhaltungsrücklagen gebildet hat. Seit über 15 Jahren hat die GEWOBAU nur minimal in diese Wohnanlagen investiert.

Ein von einem Anwohner befragter Sachverständiger für Grundstücke kommt zu einem anderen Ergebnis als die GEWOBAU: „Insgesamt können die Gebäude mit relativ geringem Aufwand so ertüchtigt werden, dass sie noch mehrere Jahrzehnte genutzt werden können. Ein Abbruch der Gebäude wegen überalterter Bausubstanz ist nicht erforderlich.“

Auch von der Grünen Liste befragte Architekten kamen zu dem Ergebnis, dass ein Abriss der Häuser nicht notwendig sei. Der Zuschnitt der Wohnungen sei durchaus zeitgemäß. Gerade große Wohnküchen als Sozialraum würden den neueren Erkenntnissen eines sozialen Wohnens entsprechen.



Die Grüne Liste hat beantragt, diese Häuser als erhaltungswürdig einzustufen und dass eine Erhaltungsrenovierung vorgenommen wird. Außerdem sollen die Häuser eine Außenhaut- und Dachbodenwärmesolierung erhalten, die noch vorhandenen Kohle- durch Gasöfen (jede Wohnung verfügt bereits über einen Gasanschluss) ersetzt werden, so dass sie noch mehrere Jahrzehnte als preiswerte Wohnungen genutzt werden können.

Im Bereich Brüxerstraße läßt die GEWOBAU bereits 17 Wohnungen leerstehen. Hier fordert die Grüne Liste, dass dieser freie Wohnraum sofort auf dem allgemeinen, sozialen Wohnungsmarkt zur Vermietung angeboten wird.

Herausgeberin:
Grüne Liste Stadtratsfraktion
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
t. 09131-862781
f. 09131-861681
gruene-liste@erlangen.de
http://www.gl-erlangen.de

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 2

Ausgabe 11.07.2007

Aufhebung des „Alkoholverbotes“

Ende 2005 wurde in Erlangen ein Alkoholverbot auf öffentlichen Wegen und Plätzen erlassen. Drei Gründe wurden hierfür genannt: Die Ruhestörungen und der Vandalismus in der Innenstadt durch alkoholisierte Personen sollten eingedämmt werden. Der zunehmende Alkoholkonsum bei einem Teil der Jugendlichen und Kindern sollte wirksam eingeschränkt werden. Außerdem sollte durch diese Satzung das Alkoholproblem insgesamt eingedämmt werden.

Zwischenzeitlich liegt auf Antrag der Grünen Liste ein erster Erfahrungsbericht vor. Aus der Stellungnahme der Streetworker und der Stadtverwaltung ergibt sich, dass das Alkoholverbot keinerlei Auswirkungen auf die Alkoholproblematik im allgemeinen und bei Jugendlichen und Kindern gehabt hat. Die Betroffenen haben nicht durch Reduzierung ihres Alkoholkonsums, sondern durch Verlagerung der Plätze, an denen der Alkohol konsumiert wird, und durch Tarnung des Alkoholtrinkens, z. B. durch Umfüllen in andere Flaschen reagiert. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Bericht der Polizei. Aus diesem kann man lediglich ersehen, dass nach zirka einem halben Jahr die Orte, an denen Alkohol konsumiert wird, gewechselt wurden und meist geheim getrunken wird. Dadurch ist zwar die Zahl der ermittelten Verstöße zurück gegangen, aber nicht der Alkoholkonsum selber.

Aus dem Bericht der Stadtverwaltung ergibt sich, dass nicht einmal der Vandalismus durch das Alkoholverbot eingedämmt werden konnte. Dieser hat sich lediglich teilweise auf Grünflächen und Spielplätzen außerhalb der Innenstadt verlagert - aus den Augen, aus dem Sinn.

Auf der anderen Seite erschwert das Alkoholverbot den Streetworkern die Arbeit, da sie die Jugendlichen erst einmal auffinden müssen. Hinzu kommt, dass auf schlecht einsehbare Treffpunkte ausgewichen wurde. Insbesondere für Mädchen stellt dies eine größere Gefährdung dar, Opfer von Übergriffen zu werden.

Aus dem Bericht der Streetworker geht auch hervor, dass viele Jugendliche dem Alkoholverbot mit Unverständnis gegenüberstehen. Während in Gaststätten oder Ausschankflächen in der Nähe legitim Alkohol auch im Freien getrunken werden kann, werden jene Jugendlichen benachteiligt, die sich dort die Getränke nicht leisten können. Zudem werden sie von der Polizei erfasst und es wird ihnen ein Bußgeld angedroht, wodurch sie sich kriminalisiert fühlen.

Letztendlich ergibt sich aus den vorliegenden Erfahrungsberichten, dass das Alkoholverbot nur Nachteile gebracht hat. Hierauf hatte die Grüne Liste von Anfang an hingewiesen und hat nun die Aufhebung dieser Verordnung beantragt.

Mindeststandards Verfügungswohnungen

Eine Initiative der Grünen Liste sieht vor, dass ein Mindeststandard für die städtischen Verfügungswohnungen entwickelt und durch den Stadtrat beschlossen wird.

Viele Verfügungswohnungen befinden sich in einem katastrophalen Zustand. Dies fängt schon mit den Klingelanlagen und den Briefkästen an, die häufig aufgebrochen sind. So geht Post an die BewohnerInnen verloren. Manche Wohnungen leiden unter Schimmel, nicht mehr richtig abschließbaren Wohnungseingangstüren und anderen gravierenden Mängeln.

Ausstieg aus der Schuldenfalle

Der Jahresbericht der Schuldnerberatungsstelle des Caritasverbandes für die Stadt Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstadt für das Jahr 2006 belegt, dass die Zahl derjenigen, die sich in einer Schuldenfalle befinden, auch in Erlangen ständig steigt. Der Armutsbericht der Stadt Nürnberg aus dem Jahr 2006 hat ergeben, dass auch immer mehr Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren hiervon betroffen sind. Hauptursache sind hier Schulden aus Handy-Verträgen. Die Stadt Nürnberg hat sich daher entschlossen, künftig eine gesonderte Schuldnerberatung für Jugendliche anzubieten.

In Erlangen wird die Schuldnerberatung vor allem vom Caritasverband übernommen. Ein wichtiger Bereich ist dabei die Betreuung von Verbraucherinsolvenzverfahren. Diese Verfahren bieten den SchuldnerInnen die Möglichkeit, sich innerhalb von sieben Jahren durch Ratenzahlungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten vollkommen zu entschulden. Es ist somit ein wichtiges Instrument, um den Betroffenen einen schuldenfreien Neubeginn zu ermöglichen.

Diese Tätigkeit des Caritasverbandes wird vom Freistaat Bayern finanziert. Allerdings ist die Finanzierung viel zu gering. So musste der Caritasverband seine Betreuung in diesem Bereich im Jahr 2006 bereits zum 31.08.2006 einstellen. Zwischenzeitlich hat der Freistaat die Mittel zwar etwas erhöht. Es ist aber davon auszugehen, dass auch in diesem Jahr die Gelder für eine ganzjährige Betreuung nicht ausreichen werden.

Die Grüne Liste sieht hier auch die Stadtverwaltung in der Pflicht. Es soll geklärt werden, in welcher Form seitens der Stadt Erlangen eine finanzielle Unterstützung für den Caritasverband geleistet werden kann, die absichert, dass künftig die Betreuung von Verbraucherinsolvenzverfahren durch den Caritasverband ganzjährig möglich ist.





Taubenstation im Palais Stutterheim

Aufgrund eines Antrags der Grünen Liste war man sich während einer Besprechung zum Thema „Tauben in der Stadt“ einig, dass weitere Taubenstationen wichtig sind. Wie aber deutlich wurde, besteht von Seiten der Verwaltung keine Bereitschaft, wieder eine Taubenstation im Palais Stutterheim einzurichten. Es wird befürchtet, dass eine neue Station zusätzlich Tauben anlockt und Verschmutzungen zu erwarten sind. Untersuchungen und Erfahrungen aus anderen Städten belegen aber das Gegenteil: Wenn man Verschmutzungen am neu renovierten Gebäude verhindern will, ist es sinnvoll, eine Station einzurichten. Die Tauben halten sich nicht nur die ganze Nacht, sondern auch den Großteil des Tages im Schlag auf. So verbleiben etwa 80-90% des Kots in den Schlägen.

Aus anderen Städten ist auch bekannt, dass Tauben, die sich in Schlägen aufhalten können, weit weniger mit Krankheitserregern und Parasiten belastet sind, als unter den üblichen Großstadtbedingungen. Die als Ersatz für das Palais Stutterheim geplante Taubenstation beim Stadtmuseum ist daher auch bei Beibehaltung der Station Stutterheim sinnvoll. Nur so kann die Stadt Erlangen wie z.B. in Augsburg auch Privatpersonen bzw. die Universität dazu bringen, Taubenstationen in ihren - v.a. in der Innenstadt denkmalgeschützten - Häuser einzurichten.

Keine Gebühr für Besuchsgenehmigungen GL-Antrag erfolgreich

Seit Jahresbeginn mussten Flüchtlinge, die der Residenzpflicht unterliegen, eine Gebühr von 10,- € für eine Besuchsgenehmigung im Großraum Nürnberg berappen. Angesichts des gegenwärtigen Unterstützungssatzes für Flüchtlinge von 40,- € pro Monat würde ein Besuch im Großraum ein Viertel des Gesamtbetrages kosten. So wurde den Flüchtlingen de facto die Möglichkeit zu Besuchen im Großraum, insbesondere im Freundes- und Familienkreis, aus finanziellen Gründen genommen. Obwohl die Gebühr durch die Aufenthaltsverordnung des Zuwanderungsgesetzes seit 1.1.2005 erhoben werden konnte, hatte sie die Stadtverwaltung bis zum Jahresbeginn 2007 nicht eingefordert.

Seit kurzem muss die Ausländerbehörde auch wieder darauf verzichten: Die Grüne Liste beanstandete die neuerliche Praxis und hatte mit ihrem Antrag Erfolg, dass diese Gebühr nicht mehr erhoben wird.

Ausstellung „Homestory Deutschland“

Ein Schwerpunkt der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) ist es, die oft beschriebene „Geschichtslosigkeit“ Schwarzer Menschen in Deutschland zu widerlegen und mit positiven Beispielen der breiten Öffentlichkeit nahe zu bringen. Mit Unterstützung zahlreicher AktivistInnen und der finanziellen Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung hat die ISD nunmehr die Ausstellung „Homestory Deutschland“ zu diesem Thema erstellt. In der Erlanger Partnerstadt Jena machte die Ausstellung bereits Station.

Auf Antrag von Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Stadträtin der Grünen Liste, wird nun die Ausstellung nächstes Jahr auch in Erlangen gezeigt. „Schwarze Menschen werden besonders mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit konfrontiert. Dies gilt auch für Erlangen“, so Herzberger-Fofana.

„Unpassend für eine liberale Stadt“

Bei einer Hausdurchsuchung im Jugendhaus Ende Januar wurden Flyer und die Zeitung „G8xtra Nr.3“ durch die Polizei beschlagnahmt. Die Drucksachen rufen zu Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm auf und liegen bundesweit aus. In diesen Schriftstücken werde zu Straftaten aufgerufen, befindet das Erlanger Gericht in seinem Beschluss vom 5. März und hat diese Beschlagnahmen richterlich bestätigt.

Mit Verwunderung hat die Grüne Liste, die bereits in einer früheren Stellungnahme dieses Vorgehen der Polizei als Schikane bezeichnet hat, diesen Gerichtsbeschluss zur Kenntnis genommen.

Auch in München wurde die Zeitung „G8xtra Nr.3“ von der Polizei beschlagnahmt. Sie musste jedoch kurze Zeit später wieder ausgehändigt werden. Das Münchner Amtsgericht kam bereits am 19. Januar zu einem gegenteiligen Beschluss: „Die zitierten Äußerungen erfüllen keinen Straftatbestand. Insbesondere handelt es sich nicht um einen Aufruf zur Begehung von Straftaten“ (Az.: ER I Gs 722/07).

Diese unterschiedliche Rechtsprechung konterkarierte nochmals das repressive Vorgehen gegen politisches Engagement in Erlangen. Das sei „unpassend für eine Stadt, die sonst mit einem liberalen Image wirbt“, so GL-Stadtrat Wolfgang Winkler.

Termine der Grünen Liste:

Jeden Montag, 20.00 Uhr:
Öffentliche Fraktionssitzung
im Rathaus, 1. Stock, Zi. 130

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 4

Ausgabe 11.07.2007

GL-Stadträtin bei „Café Littéraire“

Im Rahmen der „Semaine Française“ veranstaltete das Deutsch-Französische Institut (DFI) am 22. 6 2007 ein „Café Littéraire“ in der Buchhandlung Ex Libris. Werke von jungen französischen AutorInnen wie Anna Gavalda und Fred Garvas wurden vorgestellt und in Auszügen vorgelesen. Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Stadträtin der Grünen Liste stellte ihr Buch „Littérature Féminine Francophone d’Afrique noire suivi d’un Dictionnaire des Romancières“ (Paris:Harmattan 2001, 570 S.) vor. Außerdem las sie aus dem Roman der Bestseller-Autorin aus dem Senegal, Fatou Diome „Le ventre de l’Afrique „Der Bauch des Ozeans „(Zürich 2004: Diogenes Verlag 270S.). Sie führte hierzu aus, dass die Autorin: „unverblümt, mit viel Humor und Freimütigkeit die Realität der afrikanischen Migranten in Frankreich schildert“.

Zum Andenken an Ousmane Sembène Film „Faat Kine“ - 13.07.2007

19.00 Kollegienhaus (Universitätsstr. 15)

Die Protagonistin des Films ist die etwa 40-jährige Faat Kiné, alleinstehende Mutter zweier Kinder und resolute Pächterin einer Tankstelle in Dakar (Senegal).

„Der Film ist eine Hommage an die Frauen Afrikas, an ihre Solidarität, ihr Selbstbewusstsein, ihre Lebendigkeit und ihren Humor“, so GL-Stadträtin und Moderatorin der Veranstaltung Dr. Pierrette Herzberger-Fofana. In Zusammenarbeit mit dem Sprachenzentrum der Universität Erlangen-Nürnberg.



Dr. Pierrette Herzberger-Fofana mit Ousmane Sembène. Der senegalesische Schriftsteller und Pionier des afrikanischen Filmes ist am 9. Juni nach längerer Krankheit in Dakar gestorben. GL-Stadträtin Herzberger-Fofana beschreibt Sembène als eine „schillernde Persönlichkeit der Literatur und Kunst, der In seinen literarischen und filmischen Werken soziale Ungerechtigkeiten anklagt.“

Bericht zur Lage der Welt 2007

Germanwatch und Heinrich-Böll-Stiftung haben die deutsche Ausgabe des „Berichts zur Lage der Welt 2007“ vorgestellt. Danach leben mehr als die Hälfte aller Menschen in Ballungsräumen, die nur zwei % der Erdoberfläche ausmachen, aber 80 % aller Ressourcen verbrauchen. Dabei wären Städte auch am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. In der weltweit ungebremsen Tendenz zur Urbanisierung sehen die Autoren aber auch eine Chance. Denn gleichzeitig hätten die Städte das größte Klimaschutzpotenzial. Aus diesem Grund werden in dem Bericht weltweite Lösungsansätze für Probleme in den Bereichen Partizipation, Umwelt, Energie, Armut, Wasser und Verkehr vorgestellt.

Bärbel Dieckmann, Bonner Oberbürgermeisterin und Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel warb bei der Buchvorstellung für ein zeitgemäßes kommunalpolitisches Engagement nach dem Motto „Local action, global interaction“. In einigen deutschen Kommunen würde nachhaltiges und internationales Handeln bereits mit großem Engagement und Kreativität verfolgt. Doch, wie der Mitbegründer und das ehemalige langjährige Vorstandsmitglied von Germanwatch, Gunther Hilliges, sowie der Leiter der Servicestelle, Ulrich Nitschke, im deutschen Beitrag des Worldwatch-Berichtes erläutern, gerät ein wichtiger kommunaler Innovationsmotor, der Prozess der Lokalen Agenda 21, ins Stocken. Zu oft lägen Beteiligungs- und Entscheidungskompetenzen, Wissen und entschlossenes Handeln, Verwaltung und zivilgesellschaftliches Engagement weit auseinander. Bürgerbeteiligung müsse weniger in Parallelstrukturen und nicht jenseits von Verwaltung und Politik stattfinden, Implementierungsmöglichkeiten neuer Ideen von vornherein berücksichtigt und Gratifikationen wie Qualifizierung, Anerkennung und Ownership aller Stakeholder bei der Umsetzung vorgesehen werden. Klima- und Umweltschutz, Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt, fairer Handel oder Partnerschaftsaktivitäten seien lange noch nicht ausgeschöpft. Es brauche immer wieder und erneut den Mut zu Handeln.

[www.germanwatch.org/presse/
2007-05-03.htm](http://www.germanwatch.org/presse/2007-05-03.htm),

www.boell.de/index.html?http://

www.boell.de/de/04_thema/3210.html

aus: GRIBS - Kommunalrundbrief 2/2007
www.gribs.net